



Wien

EU-Erklärung des Ministerpräsidenten, verlesen im Schwedischen Reichstag am 15. November 2023

Herr Präsident,

wir leben in Kriegszeiten.

Im Nahen Osten tobt ein Krieg, der großes menschliches Leid verursacht. Die EU ist sich in vielem einig: Wir verurteilen den abscheulichen Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober, bei dem mindestens 1200 Menschen getötet und über 220 entführt wurden. Seit dem Holocaust sind nicht mehr so viele Juden an einem Tag ermordet worden.

Schweden und die EU stehen hinter Israel und seinem legitimen Recht, sich im Einklang mit dem Völkerrecht zu verteidigen. Gleichzeitig betont die EU, dass der Zugang zum Gazastreifen für humanitäre Hilfe – mit Lieferungen von Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten – absolut unerlässlich ist. Und die humanitäre Hilfe Schwedens kommt der Zivilbevölkerung in Gaza zugute. Das Leben der Zivilbevölkerung muss so weit wie möglich geschützt werden.

Sowohl in Schweden als auch in Europa kann man unterschiedliche Auffassungen zu den Konflikten im Nahen Osten vertreten. Das ist Teil unserer Demokratie. Es ist jedoch völlig inakzeptabel, wenn Aktionen und Demonstrationen gegen den Krieg dort in Hass und Drohungen gegen Juden hier bei uns umschlagen. Die Regierung Schwedens steht unmissverständlich hinter unserer jüdischen Minderheit.

Das Europa, das einst schwor, dass Juden nie wieder um ihre Sicherheit fürchten müssen, ist wieder zu einem unsicheren Ort für jüdische Familien

geworden. Das ist eine Schande. Oder um Präsident Emmanuel Macron zu zitieren: Wir werden den Antisemitismus dorthin zurückbringen, wo er hingehört: vor Gericht und hinter Gitter. Keine Toleranz für die Intoleranten.

* * *

Der groß angelegte Einmarsch Russlands in der Ukraine ist die europäische Tragödie unserer Zeit. Dennoch gibt es Stimmen, die bezweifeln, dass Freiheit schützenswert ist. Als ob eine Politik der Zugeständnisse gegenüber einer Diktatur im Interesse der Demokratie wäre. Wenn die Ukraine verliert, verliert Europa, und dann verliert auch Schweden.

Der Krieg in der Ukraine veranschaulicht die große Bedeutung der EU-Sicherheitspolitik. Die EU-Militäroperation hat bereits 30 000 ukrainische Soldaten ausgebildet. Während der schwedischen Ratspräsidentschaft haben wir vereinbart, die Ukraine mit einer Million Artilleriegranaten zu versorgen.

Ziel der Ukraine ist eine EU-Mitgliedschaft. Die schwedische Regierung teilt dieses Ziel und hat dieses Thema während des schwedischen Ratsvorsitzes vorangetrieben.

Am vergangenen Donnerstag empfahl auch die Europäische Kommission dem Europäischen Rat, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen. Und ich kann heute verkünden, dass die schwedische Regierung die Entscheidung, diese Verhandlungen nach dem Jahreswechsel aufzunehmen, unterstützt.

Der Ukraine zu helfen, als freies Land zu überleben und sie zu einem Vollmitglied der EU zu machen, werden zwei der zentralsten europäischen Aufgaben unserer Generation sein.

* * *

Herr Präsident,

es geht nicht mehr um die Frage, ob, sondern wann und wie die EU wachsen wird. Die Ausweitung von Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit liegt in unser aller Interesse.

Aber die EU-Mitgliedschaft wird nicht leichtfertig vergeben, sondern basiert auf Verdiensten und Reformfortschritten. Die Anforderungen und Bedingungen der EU müssen erfüllt werden. Es gibt hier keine Überholspur. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit müssen verteidigt werden und sowohl für neue als auch für alte Mitglieder gelten.

Gleichzeitig muss die EU bereit sein, neue Mitglieder aufzunehmen, wenn diese bereit sind. Und die EU muss reformiert werden, damit sie auch mit weiteren Mitgliedstaaten effizient funktioniert. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Agrar- und Kohäsionspolitik. Der Haushalt und die Beschlussfassungsverfahren der EU müssen einer Prüfung unterzogen werden.

* * *

Siebzig Prozent der kriminellen Netzwerke in der EU operieren in mindestens drei Ländern. Die Regierung führt jetzt eine historische Offensive gegen schwedische Bandenkriminalität durch. Wir stärken das Justizsystem und statten die Polizei mit notwendigen Instrumenten und Befugnissen aus. Wir lockern die Geheimhaltung, damit die Behörden die organisierte Wirtschaftskriminalität bekämpfen können, aus der sich diese Banden speisen.

Eine solche Offensive ist auch in der EU erforderlich. Wenn die Staats- und Regierungschefs der EU im nächsten Sommer über die politischen Prioritäten für die nächsten Jahre entscheiden, muss die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität Priorität erhalten.

Die Regierung arbeitet intensiv an Vorschlägen zur Verbesserung der EU-Zusammenarbeit. Es kann mehr getan werden, um den Behörden einen besseren Zugang zu verschlüsselt übermittelten Informationen zu ermöglichen. Es kann auch mehr getan werden, um den Geldfluss einzudämmen und die strafrechtlichen Ermittlungen angesichts der grenzüberschreitenden Kriminalität zu koordinieren.

Europol muss gestärkt werden, um härter gegen das organisierte Verbrechen vorgehen zu können, und es bedarf einer stärkeren Zusammenarbeit zur Verhinderung der Einfuhr von Drogen über europäische Häfen.

* * *

Herr Präsident,

die EU muss die Kontrolle über Europas Außengrenzen übernehmen. Das ist wichtig für die EU, aber auch absolut notwendig für Schweden.

Die Regierung und die Schwedendemokraten vollziehen nun einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik. Dieser hat bereits Wirkung gezeigt. Die Migration in viele EU-Länder nimmt deutlich zu, während die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber in Schweden im Vergleich zum letzten Jahr um 25 Prozent zurückgegangen ist.

Allein in diesem Jahr haben mehr als 200 000 Migrantinnen und Migranten das Mittelmeer überquert. Das sind 52 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Diese Menschen werden auf furchtbare Weise ausgenutzt, und dieser Menschenschmuggel ist eine wichtige Einnahmequelle für das organisierte Verbrechen.

Während des schwedischen EU-Ratsvorsitzes wurde ein wichtiger Schritt in Richtung einer neuen, verantwortungsvollen und restriktiven Asyl- und Migrationspolitik unternommen. Dies war ein wichtiger Erfolg. Ziel ist es, die EU-Außengrenze zu stärken und ein Schnellaufnahmesystem einzuführen, um Wirtschaftsmigrantinnen und -migranten von Geflüchteten zu trennen. Dies wird den Druck auf die EU und auf Schweden verringern.

Aber die Rückführungen müssen zunehmen. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen allen zuständigen Behörden in der EU, um Rückführungsbeschlüsse durchzusetzen. Wir brauchen auch mehr Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern.

Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern muss deutlich verbessert werden. Nur auf diese Weise können wir die grundlegenden Ursachen der Migration bekämpfen und verhindern, dass viele Menschen auf lebensgefährlichen Routen auf dem Land- und Seeweg nach Europa gelangen.

* * *

Herr Präsident,

Der grüne Wandel ist ein zentrales schwedisches Anliegen. Schwedische Unternehmen und Industrien sind weltweit führend bei technischen Lösungen, die die Welt benötigt – wie fossilfreier Stahl, Batterien, Elektrofahrzeuge und forstbasierte Innovationen.

Schweden ist auf dem Weg hin zur Freiheit von fossilen Brennstoffen bereits ein gutes Stück vorangekommen, indem es schrittweise aus Öl und Kohle aussteigt. Zusammen mit Portugal hat Schweden die niedrigsten Pro-Kopf-Emissionen in der EU, aber das reicht noch nicht. Klimawandel und Umweltzerstörung sind ein grenzüberschreitendes Problem, das grenzüberschreitende Lösungen erfordert.

Die schwedische Klimapolitik muss auf einem europäischen Fundament stehen. Während des schwedischen Ratsvorsitzes hat die EU eines der ehrgeizigsten Klimapakete der Welt verabschiedet – Fit for 55. Die EU arbeitet nun gemeinsam auf gemeinsame Ziele hin, und alle Mitgliedstaaten übernehmen Verantwortung. Wenn 450 Millionen Europäer etwas ändern, macht das einen globalen Unterschied.

Eine nachhaltige schwedische Forstwirtschaft ist nicht nur für Schweden, sondern für den gesamten Wandel in Europa wichtig. Die Regierung arbeitet mit Finnland zusammen, um ein besseres Verständnis für die Bedeutung von Wäldern zu schaffen. Wälder sind nicht nur eine Kohlenstoffsenke und eine Voraussetzung für die Artenvielfalt, sie sind auch entscheidend für den Ersatz fossiler Materialien und die Reduzierung unserer Emissionen.

Auch die Kernenergie spielt eine entscheidende Rolle bei der fossilfreien Stromerzeugung in der EU. Die Regierung setzt sich dafür ein, dass sowohl die konventionelle Kernenergie als auch kleine modulare Reaktoren in der EU zu den gleichen Bedingungen wie erneuerbare Energien genutzt werden können. Wir arbeiten eng mit anderen EU-Ländern in der so genannten Nuklearen Allianz zusammen.

* * *

Herr Präsident,

Schweden und Europa brauchen mehr Wachstum, und der Binnenmarkt ist für die Stärkung unserer Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die EU ist das Herzstück der Internationalisierung der schwedischen Industrie.

Aber der Anteil der EU an der Weltwirtschaft schrumpft und ihre Wettbewerbsfähigkeit hat sich verschlechtert. Neue Technik kommt zunehmend von der Westküste der USA und der Ostküste Chinas.

Europa sollte ein Kontinent sein, der zur Entwicklung neuer Technologien beiträgt, und nicht einer, der sie hauptsächlich importiert. Dies gilt auch für komplexe Bereiche wie die künstliche Intelligenz, in denen die EU eine Vorreiterrolle bei einer konstruktiven, Innovationen fördernden Regulierung übernehmen kann, während wir uns gleichzeitig z. B. mit den ethischen Risiken befassen.

Die Gesamtinvestitionen der EU in Forschung und Entwicklung im Verhältnis zum BIP sind deutlich niedriger als in den USA und China, aber auch niedriger als in Japan und Südkorea. Es ist höchste Zeit, dass mehr Mitgliedstaaten das Ziel der EU erreichen, mindestens 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Auf dem EU-Gipfel im Juni wurde nach umfangreichen schwedischen Beiträgen eine neue Wachstumsagenda vorgestellt.

Wachstum und Innovation entstehen jedoch nicht in einer staatlich kontrollierten Wirtschaft, sondern in einer wissensbasierten Marktwirtschaft mit wettbewerbsfähigen Unternehmen. Dafür braucht es weniger Vorschriften, niedrigere Energiepreise, schnellere Genehmigungsverfahren und einen besseren Zugang zu Kapital und Kompetenz.

Die europäischen Unternehmen brauchen Regeln und Bedingungen, die diesem Wettbewerb gewachsen sind. Auf Initiative Schwedens wurde beschlossen, den Verwaltungsaufwand für die Unternehmen bei der Berichterstattung um 25 Prozent zu reduzieren.

Einfachere und weniger Regeln werden eines der Hauptthemen Schwedens sein, wenn über die Ausrichtung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

entschieden wird. Die EU-Gesetzgebung muss die Voraussetzungen der Unternehmen stärker berücksichtigen.

Es sind der freie Wettbewerb im Binnenmarkt und der freie Handel mit Nicht-EU-Ländern, die Europas Wirtschaft zu Stärke verholfen haben. Freihandelsabkommen sind aber auch aus geopolitischen Gründen wichtig.

Wenn die EU in den Wachstumsregionen dieser Welt nicht präsent ist, werden es andere sein. Die Stärke der EU ist seit langem ihre Weltoffenheit. Aber diese Offenheit muss mit unseren Interessen, Werten und Sicherheitsinteressen vereinbar sein.

* * *

Herr Präsident,

in meiner ersten Regierungserklärung habe ich gesagt, dass Schweden ein aktives und engagiertes Mitglied der EU sein wird – vor, während und auch nach der Ratspräsidentschaft. EU-Themen sind kein Luxus, dem sich eine Regierung widmen kann, wenn es der Terminkalender erlaubt.

EU-Politik ist schwedische Innenpolitik. Viele nationale Interessen Schwedens können nur durch die EU geschützt werden.

Aber Schweden fällt es oft schwerer als anderen, seine nationalen Interessen zu identifizieren und zu formulieren. Manchmal hat uns der Wille gefehlt, klar Stellung zu beziehen. Manchmal haben wir nicht nach Gleichgesinnten gesucht. Manchmal haben wir uns auch einfach viel zu spät mit den Themen befasst.

Das werden wir jetzt ändern. Die Regierung wird neue Formen der Konsultation und Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und anderen wichtigen Akteuren einführen, die strategische schwedische Interessen vertreten. Das ist sowohl für Schweden als auch für die EU von Vorteil.

* * *

Herr Präsident,

ich habe dargelegt, wie die Regierung die Probleme und Chancen beurteilt, mit denen die EU in diesen turbulenten Zeiten konfrontiert ist. Die EU ist unser wichtigstes Forum der internationalen Zusammenarbeit und eine bedeutende Plattform für ein kleines, internationalisiertes Land wie Schweden.

Lassen Sie uns diese Plattform jetzt nutzen. Zur Bekämpfung der Kriminalität und Verringerung der Einwanderung durch Sicherung der europäischen Außengrenzen. Zum Kampf gegen den Klimawandel. Zum Schutz unserer schwedischen Exportunternehmen.

Aber auch, um die Grundwerte von Freiheit, Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu schützen, an die wir glauben. Die Geschichte Schwedens ist eng mit der Geschichte Europas verwoben – gleiches gilt auch für die Zukunft unseres Landes.